



**Integration
fördern –
Zusammenleben
gestalten**

***Integration fördern –
Zusammenleben gestalten***

Arbeitspapier

**vorgelegt von der Projektgruppe „Migration“
der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands**

Das Arbeitspapier wurde von der Projektgruppe „Migration“ der KAB Deutschlands e.V. beraten und verabschiedet:

Franco del Vecchio, ACII

José Haro Ibañez, Berufsbildungswerk Ravengiersburg der KAB

Albin Krämer, KAB Deutschlands

Prof. Dr. Ernst Leuninger, Diözesanverband Limburg

Martin Schwamborn, HVHS „Heinrich Lübke“, Günne

Salome Spiegel, Grundsatzreferat der KAB Deutschlands

Wilfried Wienen, Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath

Vorwort

Im Januar 2003 beschloss die Bundesleitung die „Thesen zur Zuwanderung“ und positionierte sich damit in der gesellschaftlichen Diskussion. Die deutschen Bischöfe veröffentlichten im September 2004 das Wort „Integration fördern – Zusammenleben gestalten“ und leisteten damit ihren Beitrag zur öffentlichen Debatte.

Die Projektgruppe „Migration“ der Bundesleitung legt nun das Arbeitspapier „Integration fördern – Zusammenleben gestalten. Eine Herausforderung für die KAB“ vor. Dabei wird sowohl das Wort der Bischöfe in seinen Grundanliegen dargestellt, als auch die Herausforderung für die KAB formuliert. „Unsere uns umgebende Welt ist ein Spiegel der Weltgesellschaft, der wir eine umfassende Kultur der Menschenwürde aller geben müssen“, so heißt es unter 3.1. In vielen Beispielen gelingender Integration wird deutlich, wie Frauen und Männer der KAB vor Ort sich dafür einsetzen. Einige dieser Projekte werden im Arbeitspapier vorgestellt.

So will dieses Arbeitspapier einladen, sich neu der Herausforderung der Integration zu stellen und nach Wegen zu suchen, wie wir diese vor Ort mit unseren Möglichkeiten und Stärken gestalten können – für ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft.

Ein besonderer Dank gilt dem Mitglied der Projektgruppe Prof. Dr. Ernst Leuninger für die Erstellung dieser Arbeitshilfe.

Köln, im April 2006



**Albin Krämer
Bundespräses**

Inhaltsverzeichnis

1	Deutschland ein Einwanderungsland	1
2	Das Dokument der Bischofskonferenz	2
2.1	Die „Zeichen der Zeit“: die Migrationsgesellschaft	2
2.2	Die Integration von Migranten im kirchlichen Selbstverständnis	2
2.3	Wesentliche Elemente des Integrationsprozesses	3
2.4	Kirchliche Handlungsfelder	6
2.5	Schluss	7
3	Die Herausforderung für die KAB	7
3.1	Ziele	7
3.2	Beispiele	8
3.2.1	Sozialberater	8
3.2.2	Jugendbildungsreferat der KAB fördert Integration	9
3.2.3	Schwerpunkte der Bildungsarbeit im Bereich der Migrationsfragen des Heinrich-Lübke-Hauses (2005)	9
3.2.4	Seminar (Beispiel: KAB Berlin Ende Oktober 2004) in Günne „Religionen sind Straßen zu Gott“	10
3.2.5	KAB Pemitz (Österreich): Nikolaus- und andere Aktionen	11
3.2.6	Diskussionsabend von KAB und Dekanatsrat Bamberg zum Ausländerrecht	11
3.2.7	KAB Bamberg	12
3.2.8	ACII – KAB	12
3.2.9	Das „Fest“ über Grenzen mit ACII und der KAB Ortenau	12
3.2.10	Oberhauser: Arbeitergottesdienst KAB, CAJ, ACII	13
3.2.11	KAB-Diözesanverband Augsburg	13
3.2.12	KAB Saar: Ausländerthema aus dem Wahlkampf heraushalten	13
3.2.13	KABler auf den Spuren von Mohammed (KAB St. Paulus Rheine)	13
3.2.14	Kooperation mit der ACII – Diözesanverband Limburg	14
3.2.15	Interkulturelles Fest auf dem Sossenheimer Kirchberg in Frankfurt	14
3.2.16	Nachbarschaftskochabende	14
3.2.17	Nach dem Beispiel des Papstes in Assisi sind auch gemeinsame Gebete mit anderen Religionen möglich.	14
3.3	Anregungen	15

1 *Deutschland ein Einwanderungsland*

Die Feststellung, dass „Deutschland ein Einwanderungsland“ geworden sei, macht die deutsche Bischofskonferenz in ihrer Broschüre „Integration fördern – Zusammenleben gestalten – Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten“ vom 22. September 2004. Sie greift damit ein Wort der „unabhängigen Kommission Zuwanderung“ von 2001 auf. Dieses Phänomen hat es schon öfters in der deutschen Geschichte gegeben. Als Zeichen der Zeit wird die Migrationsgesellschaft genannt. Es geht in diesem Schreiben um Integration, die ein Zusammenleben in Vielfalt ermöglicht. Diese zu gestalten sind sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch die Einwanderer aufgefordert.

Das Gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht von 1997 stellte dazu fest „(130.) Aufbruch, Auswanderung, Migration, Flucht und Fremde sind nicht vorübergehende Phänomene unserer Zeit, sondern sind und bleiben Grundgegebenheiten des Lebens in dieser Welt. Sie dürfen nicht einseitig negativ gesehen werden. Migration bedeutet auch Begegnung mit anderen Menschen, mit anderen Sprachen und Kulturen. Sie bedeutet auch Erweiterung des Horizontes und Ergänzung. Daraus erwachsen neue Chancen für Wachstum und Reifen.“

Internationale Fragen und internationale Begegnung waren schon immer ein Thema der KAB. Sie weiß sehr deutlich, dass gerade die Rolle der ArbeitnehmerInnen sehr intensiv mit globalen Vorgängen verknüpft ist. Hinzu kommt, dass viele der ImmigrantInnen zum klassischen Arbeitermilieu gehören aus dem die KAB einmal entstanden ist. Deutschland ist längst zum Einwanderungsland geworden, dies stellte schon die Synode der Bischöfe 1973 fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist für viele Ausländer faktisch zum Einwanderungsland geworden (1).“ Früher einmal war es ein klassisches Auswanderungsland, heute ist es ein Einwanderungsland, obwohl auch die Emigration aus den verschiedensten Gründen nach wie vor eine große Rolle spielt, aber nicht mehr wie vor allem im 19. Jahrhundert vorwiegend armutsbedingt ist. Gerade auch in der Zeit der Armutsauswanderung im 19. Jahrhundert, aber auch nach den beiden Kriegen, war die Erfahrung des Fremdseins im neuen Land ein hartes Schicksal, dass zu den Beschwernissen eines neuen Starts hinzukam. Viele haben es nicht geschafft, aber die meisten haben ihren Platz in der neuen Heimat gefunden. Dies gilt es auch zu bedenken, wenn wir uns mit der Rolle Deutschlands als Einwanderungsland beschäftigen.

Im Grundsatzprogramm des KAB-Bundesverbandes von 1996 steht dazu unter anderem: „(88) Die KAB hat einen Zukunftsentwurf des menschlichen Zusammenlebens vor Augen, der die Geltung der Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen sichert, damit ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Zusammenleben zwischen und in den Nationen möglich wird.“

Dies ist eine Herausforderung für die KAB. Mit dieser Herausforderung und der Mitarbeit an Möglichkeiten zum partnerschaftlichen Zusammenleben will sich der folgende Text beschäftigen, er geht dabei von der oben genannten Veröffentlichung der Deutschen Bischofskonferenz zu „Integration fördern – Zusammenleben gestalten“ aus. Die KAB hat sich schon immer Aufgaben der Zukunftsgestaltung gestellt.

2 Das Dokument der Bischofskonferenz

Das Wort der Bischofskonferenz¹ zur Integration von Migranten „Integration fördern – Zusammenleben gestalten“ soll hier in Kürze vorgestellt werden. Es empfiehlt sich, den ganzen Text zu lesen. Er gliedert sich in folgende Kapitel:

1. Die „Zeichen der Zeit“: die Migrationsgesellschaft
2. Die Integration von Migranten im kirchlichen Selbstverständnis
3. Wesentliche Elemente des Integrationsprozesses
4. Kirchliche Handlungsfelder

2.1 Die „Zeichen der Zeit“: die Migrationsgesellschaft

Die Bischöfe stellen fest, dass Deutschland Einwanderungsland geworden ist. Hier deutet sich bereits an, dass Integration ein vielschichtiger und wechselseitiger Prozess ist. Er fordert Zuwanderer und Aufnahmegesellschaft heraus.

Der Ausländeranteil liegt 2003 bei 8,9%, knapp 8 Millionen. Von den in Deutschland lebenden Ausländern sind etwa 40% bereits länger als 15 Jahre hier. Fast zwei Drittel aller in Deutschland lebenden ausländischen Kinder unter 18 Jahren sind bereits hier geboren, bei den unter Sechsjährigen sind es sogar über 88%. Der Islam mit 3,2 Millionen, davon 2,5 Millionen Türken, ist inzwischen eine eingewanderte Religion. 700.000 Türken haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Die großen Wanderungsbewegungen beginnen mit dem 2. Weltkrieg: 12 Millionen Heimatvertriebene ab 1945, ab 1950 – 2003 4,3 Millionen Aussiedler; ab 1955 Gastarbeiter und Vertragsarbeiter in der DDR, die meisten der letzteren sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Hinzu kommen kleinere Gruppen wie Sinti und Roma. Zu nennen sind auch die 12.500 jüdischen Migranten. Die Zahl der Bürger der EU wird wachsen. Neue Asylbewerber waren es 2003 50.000, früher waren es mehr; Geduldete 200.000.

Die Zentren der Zuwanderung liegen in den Industriezentren Westdeutschlands, vor allem den Großstädten so besonders Frankfurt und Stuttgart. In Baden-Württemberg sind es 12,2%, in Sachsen-Anhalt hingegen nur 1,9%.

2.2 Die Integration von Migranten im kirchlichen Selbstverständnis

Die Kirche ist ein Ort der Integration. In der katholischen Kirche gibt es keine Ausländer. Das Integrationsengagement der Kirche erwächst aus ihrem Auftrag und Selbstverständnis. Das Evangelium der Nächsten- und Fremdenliebe (Mt 22,34–40) fordert von der Kirche entschiedene Taten der Solidarität mit Fremden. Erst in der Gemeinschaft mit Katholiken anderer Nationalitäten und Ethnien kann die Universalität und integrierende Kraft des gemeinsamen Glaubens zum Vorschein kommen.

Im Mittelpunkt steht die von Gott verbürgte Würde des Menschen. Die Überzeugung, dass die Würde des Menschen von Gott verbürgt ist, trägt und motiviert das christliche Verständnis von Integration. Es ist zugleich „Angelpunkt“ des kirchlichen Engagements, das auf alle Menschen ausgerichtet ist. Es prägt und schärft die Sensibilität für das Schicksal von Migranten, unabhängig von deren religiöser oder nationaler Zugehörigkeit bzw. ihres Rechtsstatus.

¹ Integration fördern – Zusammenleben gestalten, Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten, 22. September 2004, zu erhalten beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 161, 53113 Bonn

² Die Darstellung folgt dem Text und weithin auch seinen Formulierungen

Die Kirche ist Anwältin für Integration. Die kirchlichen Forderungen stehen im Spannungsfeld „zwischen dem ethisch Gebotenen und den möglichen nächsten Schritten“. Es bleibt Aufgabe der Kirche, „die ethischen Grundprinzipien und das ethisch Gebotene in den Dialog einzubringen und zugleich in der konkreten Situation Anwalt der Betroffenen zu sein“. Die Kirche ist vom Evangelium aufgerufen, für die Menschen einzutreten, die ohne Stimme am Rande der Gesellschaft leben. Dieses anwaltschaftliche Engagement gilt besonders für die Menschen, die durch die Diskussion über die Arbeitsmigration zusehends in den Hintergrund gedrängt werden.

Ihr Integrationsengagement nach innen steht für eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern. „Das aus der Gemeinschaft von Katholiken unterschiedlicher nationaler Herkunft bzw. von Ortsgemeinden und muttersprachlichen Gemeinden bestehende pilgernde Volk Gottes kann so eine hoffnungsvolle Weggemeinschaft inmitten und mit der großen Menschheitsfamilie sein und werden. Ihre innere Mitte findet diese Gemeinschaft in der Eucharistie als Feier einer von Gott geschenkten Einheit in Jesus Christus, durch den und vom dem her sich Gemeindebildung ereignet.“

„Der Umgang zwischen ausländischen und deutschen Katholiken in unseren Gemeinden kann zu einem Motor für ein zukunftsweisendes Zusammenleben in der deutschen Einwanderungsgesellschaft werden. Das Miteinander von Gläubigen verschiedener Herkunft ist indes für die Kirche zunächst eine Frage des eigenen Selbstverständnisses, ist sie doch von ihrem Wesen und Ursprung her eine Kirche von Menschen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen, die aufgrund von Taufe und Firmung Gemeinde sind.“

Das Integrationsengagement nach außen bedeutet für Hilfe, Schutz und Aufnahme leidender und bedrängter Menschen zu sorgen. Die im Alten Testament festgehaltenen Schutzrechte für die Fremden werden aus dem Gottesglauben begründet. „Der theologische Rang dieser Gebote im Alten Testament ist eindeutig. Schutz der Fremden, Liebe zu den Fremden und Gastrechte sind in der Mitte alttestamentlicher Theologie verwurzelt.“

Die Verwirklichung der Beteiligungsgerechtigkeit ist daran zu messen, wie weit die Partizipation von Migranten in Kirche und Gesellschaft gediehen ist.

2.3 Wesentliche Elemente des Integrationsprozesses

Ziel jeder Integrationspolitik muss es sein, für die einheimische Bevölkerung ebenso wie für die hier lebenden und die künftigen Migranten Rahmenbedingungen zu schaffen, die die gleichberechtigte Eingliederung in die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnung ermöglichen. Die Integration steht auf drei Säulen:

- 1. Verständigung muss möglich sein. Deshalb müssen ausreichende Deutschkenntnisse erworben werden.**
- 2. Der Lebensunterhalt muss gesichert werden können. Deshalb müssen Migranten grundsätzlich die Möglichkeit bekommen, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern.**
- 3. Integration meint Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb müssen den Zuwanderern Wege zur wachsenden Partizipation an den gesellschaftlichen Gütern und an der Gestaltung des Gemeinwesens eröffnet werden.**

Integration ist keine Frage nur für Spezialisten, sondern fordert die gesamte Gesellschaft. Soll sie gelingen, benötigt sie Zeit. Weder durch Assimilationsdruck auf die Migranten noch durch die Entstehung von Parallelgesellschaften kann für unser Land eine gute Zukunft gewonnen werden. Echte Integration unterscheidet sich von diesen falschen Strategien dadurch, dass sie Beiträge sowohl der einheimischen wie der zugewanderten Bevölkerung einfordert. Vor allem im Alltag

missen immer neu ein Zusammenleben in Vielfalt und ein friedlicher Austrag von Konflikten (ein)geübt werden.

Die kulturellen, aber auch religiösen Überzeugungen und Prägungen der Zuwanderer haben einen eigenständigen Wert. Sie verändern unsere Gesellschaft, gefährden sie aber nicht in ihren Grundlagen, wenn auch die Einheimischen wissen, auf welchem Fundament sie stehen, unsere Gesellschaftsordnung zu schätzen wissen und dafür eintreten.

Wichtig ist, dass die Aufnahmegesellschaft den Zuwanderern nicht gleichgültig gegenübersteht, sondern dass zwischen beiden ein Dialog und ein fruchtbarer Austausch entsteht. Wird dieser Zusammenhang missachtet, entsteht die Gefahr, dass sich so genannte Parallelgesellschaften herausbilden.

Durch die Migration verändert sich nicht selten das Rollengefüge innerhalb der Familie. Ein besserer rechtlicher Status, Erfahrungen und Kontakte im Aufnahmeland oder die Beherrschung der deutschen Sprache können einzelnen Familienmitgliedern eine bisher nicht erprobte Bedeutung innerhalb der Familie verschaffen und sie zu Schlüsselpersonen im Integrationsprozess machen.

Es gibt Grundforderungen an die Mehrheitsgesellschaft. So sehr Integration eines verlässlichen rechtlichen Rahmens bedarf, so wenig kann sie von zentraler Stelle aus verordnet werden. Immer neu müssen die Alltagsspielregeln zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft ausgehandelt und den Migranten Möglichkeiten konkreter Teilhabe an der Alltagskultur unserer Gesellschaft eröffnet werden. Dies wird am ehesten gelingen, wenn die vielfältigen Anstrengungen der gesellschaftlichen Kräfte und – im Nahbereich – von Nachbarschaften und Vereinen von gemeinsamen Grundüberzeugungen bestimmt sind.

Es gibt aber auch Grundforderungen an die Zugewanderten. Gefordert ist der Erwerb von ausreichenden Deutschkenntnissen. Voraussetzung ist, dass vom Kindergarten über die Schule, die Berufsausbildung und -qualifizierung bis hin zur Arbeitswelt der zusätzliche Spracherwerb in der je angemessenen Form möglich ist. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, wie Neuzuwandernden und auch – soweit erforderlich – den schon länger hier lebenden Migranten, Grundkenntnisse der Geschichte, Kultur und der rechtlichen Grundlagen in Deutschland vermittelt werden können. Entsprechende Angebote sollten vom Staat bereitgestellt werden.

Die weitaus überwiegende Zahl der Migranten hält sich an die hiesige Rechtsordnung. Andererseits zeigt die Erfahrung, dass insbesondere einzelne Gruppen jüngerer (männlicher) Migranten gefährdeter sind, in Gewaltkriminalität abzugleiten als vergleichbare einheimische Gruppen. Auch missbrauchen zahlenmäßig kleine, aber radikale und extremistische politische, religiöse oder ethnische Gruppierungen die Freiheit. Beiden Tendenzen muss mit den Mitteln des Rechtsstaates begegnet werden.

Ohne Beteiligung der Eltern an den Aktivitäten in den Kindertageseinrichtungen und ohne Zusammenarbeit mit der Schule können für Kinder wichtige Weichenstellungen versäumt und Zukunftschancen verbaut werden.

Eine aktive Teilhabe am sozialen Leben ist notwendig. Orientierung allein auf das Herkunftsland oder gar bewusste Abschottung gegenüber der aufnehmenden Gesellschaft oder anderen Migrantengruppen erschwert Integration und interkulturellen Austausch oder machen diese sogar unmöglich.

Es gibt auch Grundforderungen an Staat und Gesetzgeber. Der Integrationsprozess muss auf allen politischen Ebenen in Gang gesetzt werden. Bund und Ländern kommt dabei die zentrale Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen für die soziale, schulische, berufliche und kulturelle Integration zu

gestalten. Zuwanderern, die auf Dauer in Deutschland leben wollen, muss die Perspektive der Einbürgerung offen stehen. Die Bundesländer sollten von der Möglichkeit, Härtefallkommissionen einzurichten, entsprechenden Gebrauch machen. Für einen Teil dieser „Geduldeten“ eröffnet das Zuwanderungsgesetz die Chance, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Erfreulich ist insbesondere, dass sich der aufenthaltsrechtliche Status von Personen erheblich verbessert hat, denen eine Duldung wegen drohender Todesstrafe, Folter oder anderweitiger schwerer Menschenrechtsverletzungen erteilt worden war. Straffällig gewordene Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland aufgewachsen sind, müssen nach den Regeln des Strafrechts beurteilt werden. Die Ausweisung wäre eine zusätzliche Strafe.

Förderung, nicht Erschwerung des Familiennachzugs ist angesagt. Der grundgesetzliche besondere Schutz von Ehe und Familie gilt auch für Migranten. Auch zahlreiche internationale Abkommen anerkennen die Familie als wesentliche Grundeinheit im Aufbau von Staat und Gesellschaft und gewährleisten das Recht auf Herstellung und Wahrung der Familieneinheit. Das Grundrecht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder sowie das Kindeswohl gebieten es, dass das Recht auf Nachzug der Kinder bis zu deren Volljährigkeit gewährleistet ist.

Die Integration in Kindergarten und Schule muss gestärkt werden. Für das Integrationsgeschehen kommt dem Bildungs- und Erziehungssystem eine Schlüsselfunktion zu. Gerade hier hat Deutschland jedoch mit erheblichen Defiziten zu kämpfen. Das Fazit für das Jahr 2002 lautet: Während zwei Drittel der deutschen Jugendlichen einen Realschulabschluss bzw. die Fachhochschul- oder Hochschulreife erlangt haben, ist das Verhältnis bei ausländischen Jugendlichen genau umgekehrt: Zwei Drittel verfügen lediglich über einen Hauptschul- bzw. über gar keinen Abschluss. Diese Situation kann nur überwunden werden, wenn Kinder eine aufgrund ihrer sozialen und/oder ethnischen Herkunft erforderliche differenzierte Förderung erhalten. Diese muss im Kindergarten beginnen.

Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in das deutsche Schulsystem in deutscher Sprache unter staatlicher Schulaufsicht würde am Ort des gemeinsamen Unterrichtens und Lernens ganz neue Möglichkeiten des Dialogs und der Begegnung sowohl in den Lehrerzimmern als auch in den Klassenräumen eröffnen. Das Wissen um die religiösen Symbole und Feste der anderen Religion, gegenseitige Besuche in Kirchen und Gebetsräumen könnten erheblich dazu beitragen, Fremdheit und Vorurteile abzubauen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss ermöglicht werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eigenständige Lebensgestaltung und soziale Integration ist die Chance, den eigenen Lebensunterhalt durch die Aufnahme einer Arbeit sichern zu können. Das muss rechtlich ermöglicht werden. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt muss den uneingeschränkten Zugang zur beruflichen Qualifizierung einschließen. Asylsuchende jahrelang von der Arbeitsaufnahme auszuschließen widerspricht nicht nur dem christlichen Menschenbild, sondern ist auch in mehrfacher Hinsicht unklug: Es erschwert eine Integration derjenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben können, bzw. eine Reintegration in den Arbeitsmarkt der Herkunftsländer für diejenigen, die nicht in Deutschland bleiben können.

Der Erwerb von Deutschkenntnissen ist zu fördern. Wenn von Migranten erwartet wird, dass sie ausreichende Deutschkenntnisse erwerben, muss dies auch seitens des Staates unterstützt werden. Besonders gilt dies bei den Migranten, die schon länger in Deutschland leben. Es darf nicht dazu kommen, dass zu Lasten der schon länger hier lebenden Migranten nur noch Deutschkurse für Neuzuwandernde finanziert werden.

Zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation ist zu ermutigen. Das Gemeinwesen lebt auch vom zivilgesellschaftlichen Engagement und der aktiven Mitgestaltung aller. Migranten sollten auf allen Ebenen immer wieder ermutigt werden, sich aktiv zu beteiligen. Das Bundesverfassungs-

gericht hat dazu entschieden, dass das Staatsvolk, von dem die Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, ausschließlich deutsche Staatsangehörige umfasse. Umso wichtiger erscheint es, dass auch unterhalb der Schwelle des Wahlrechts in den Kommunen Möglichkeiten der politischen Partizipation eingeräumt und wahrgenommen werden (zum Beispiel Integrationsräte oder Ausländerbeiräte).

Migrationsfachdienste müssen erhalten und weiterentwickelt werden. Die langjährige Erfahrung zeigt, dass Prozesse der Integration der Begleitung durch entsprechende Fachdienste bedürfen. Dabei ist auf die notwendige interkulturelle Kompetenz dieser Dienste hinzuweisen. Die Selbstorganisationen der Migranten sollen in diesen Prozess einbezogen und nicht allein als mögliche „Klienten“ oder „Zielgruppe“ gesehen werden.

2.4 Kirchliche Handlungsfelder

Integration in der Kirche und durch die Kirche ist angesagt. Die Kirche stellt nicht in erster Linie Forderungen an andere. Vor allem weiß sie sich selbst gefordert, das Zusammenleben zwischen Migranten und der schon länger hier ansässigen Bevölkerung mitzugestalten. An unserer eigenen kirchlichen Praxis muss ablesbar sein, dass „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi (Gaudium et spes)“ sind.

Grundsätzlich gilt dabei auch für das Wirken der Kirche, dass Integration nur gelingen kann, wenn alle Schritte von Respekt, Solidarität und Sensibilität getragen sind. Es gibt dazu schon verschiedene Projekte wie die „Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger“ und „Lade Deinen Nachbarn ein“. Solidarität gründet in der gemeinsamen Gotteskindschaft aller Menschen und schließt alle in die Heilzusage Gottes ein. Sensibilität drückt sich aus in der Achtung vor den Überzeugungen und der Kultur der anderen. Auch die Ortsgemeinden sind herausgefordert einen Beitrag zur Integration zu leisten. So ist das Band zwischen den Pfarreien und den muttersprachlichen Gemeinden vielerorts weiterzuentwickeln. Erforderlich ist auch eine neue Offenheit für die Spätaussiedler mit ihren besonderen Bedürfnissen und Problemen. Insbesondere in Gemeinden mit hohem Ausländer- oder Aussiedleranteil wird der Umgang mit Fremden immer wieder in der Verkündigung, in den Gremien und in den verschiedenen Gruppen und Gesprächen aufzugreifen sein.

In vielen Kirchengemeinden sind Migranten im Verbands- und Vereinsleben sowie in den Gremien unterrepräsentiert. Vermehrt sollten deshalb Einladungen zur Teilnahme und zur Mitarbeit ausgesprochen werden. Auch bei der Aufstellung der Listen zur Wahl der Pfarrgemeinde- oder Kirchengemeinderäte und bei der Zusammensetzung der gemeindlichen Arbeitskreise soll dafür Sorge getragen werden, dass Ausländer und Aussiedler angemessen in den Gremien vertreten sind.

Die Bildungsarbeit in den Gemeinden sollte genutzt werden, um verstärkt über die Kultur der Zugewanderten zu informieren. Wichtig ist, dass die Migranten selbst in die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen einbezogen werden. Nicht über die Zuwanderer sprechen, sondern mit ihnen – dies sollte immer mehr zum Prinzip der gemeindlichen Bildungsarbeit werden. Gerade das persönliche Kennen lernen nämlich hilft, emotionale Widerstände abzubauen und zu überwinden.

Die Seelsorge für Katholiken anderer Muttersprache ist ein zentrales Feld der kirchlichen Integrationsarbeit. Nicht immer werden die Gemeinden der Migranten von der Pfarrei als Bereicherung wahrgenommen, mitunter fühlen sich die Kirchengemeinden für Migranten nicht zuständig.

Andererseits gibt es auch in manchen Migrantengemeinden Tendenzen der Selbstgenügsamkeit und Absonderung. So machen sie gelegentlich fast den Eindruck einer „Nebenkirche“ für einen

nicht integrierten Bevölkerungsanteil. Priester und hauptamtliche Laien der muttersprachlichen Gemeinden sollten mehr als bisher als Brückenbauer für ihre Landsleute tätig sein und verstanden werden. Sie müssen daher unverzichtbar die deutsche Sprache beherrschen.

Die Spätaussiedler wollen Deutsche sein, werden aber von den Einheimischen als „Russen“ bezeichnet. Sie werden als Fremde angesehen und fühlen sich fremd. Die Gefahr der Abschottung ist groß. Jugendliche Spätaussiedler haben es besonders schwer. Sie laufen Gefahr, fremd zu bleiben. Priester, Hauptamtliche und Gemeinden können hier hilfreich wirken.

2.5 Schluss

Den einen Königsweg zur Integration gibt es nicht. Erforderlich sind viele Ansätze und Schritte, manches Mal auch das mutige Experiment auf noch unbekanntem Terrain. All dies muss zusammengehalten werden durch ein Leitbild von Integration, das den kulturellen Prägungen der Zuwanderer Respekt entgegenbringt und zugleich unverrückbar an der Wertordnung festhält, die unsere Verfassung zum Ausdruck bringt. Integration kann nur gelingen, wenn sie niemanden überfordert, aber auch niemanden aus der Verantwortung entlässt.

3 Die Herausforderung für die KAB

3.1 Ziele

Wie Untersuchungen zeigen, hat sich der Kontakt zwischen Migranten und Deutschen seit 1980 in allen Lebensbereichen kontinuierlich intensiviert. Dies gilt am Arbeitsplatz, in den Bildungseinrichtungen, in den Familien oder im Umfeld. Die gemeinsamen Berührungspunkte und Freundschaften haben beträchtlich zugenommen. Die Vorurteile der Deutschen gegenüber Ausländern haben zwischen 1980 und 1994 kontinuierlich abgenommen. Einige Probleme gibt es immer wieder durch Rechtsradikale und Kriminelle, wobei diese zumeist aber keine ortsansässigen Migranten sind. Im bestimmten Umfang werden die Migranten in der Zeit hoher Arbeitslosigkeit als Konkurrenten empfunden. Erfreulich ist auch der Einsatz im internationalen Bereich und bei besonderen Krisen. Wir sind auf dem Weg, eine gemeinsame europäische Kultur wiederzufinden. Im Prozess der Globalisierung ist eine Weltkultur angesagt, in Achtung der Kulturen zueinander. Einen Kampf der Kulturen darf es nicht geben. Unsere uns umgebende Welt ist ein Spiegel der Weltgesellschaft, der wir eine umfassende Kultur der Menschenwürde aller geben müssen.

Wir sind als Christen der Universalität der Menschenrechte und besonders der Idee des Völkerfriedens verpflichtet, die der Prophet Jesaja ausgesprochen hat. Unser Handeln dazu fängt hier bei uns an. In diesem Reich wird Gott die Träne jedes einzelnen Menschen trocknen. Dafür gilt es, schon heute zu handeln.

***Im Grundsatzprogramm von 1996 der KAB steht deshalb:
(89) Interkulturelle Gesellschaft***

Die KAB hat einen Zukunftsentwurf des menschlichen Zusammenlebens vor Augen, der die Geltung der Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen sichert, damit ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Zusammenleben zwischen und in den Nationen möglich wird.

In dem Bemühen, die interkulturelle Gesellschaft verantwortlich zu gestalten, setzt die KAB sich ein für folgende Handlungsschritte:

- Angesichts der Tatsache, dass die Fremden mit uns leben, aber gleichzeitig Fremdenfeindlichkeit unsere Gesellschaft spaltet (Red. Hier hat es wohl eine Verbesserung der Situation gegeben), setzt die KAB sich dafür ein, dass wir die Dinge auch mit den Augen der anderen sehen lernen. Darin liegt ein sinnvoller Weg zum gegenseitigen Verständnis, eine Chance zum Abbau von Feindbildern und zur Bereicherung des menschlichen Lebens. Wer gegenseitig Eigenart und Besonderheit gelten lässt, gewinnt Verständnis und Freude an der Vielfältigkeit des menschlichen Verhaltens und verliert somit die eigene Unsicherheit.
- Die KAB fordert die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft. Sie setzt sich für einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach achtjährigem Aufenthalt oder nach Geburt in der Bundesrepublik Deutschland ein (Red. Das ist im neuen Einbürgerungsrecht inzwischen berücksichtigt).
- Die KAB befürwortet ein allgemeines, freies und geheimes Wahlrecht für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen. Innerhalb der Europäischen Union muss Deutschland eine Vorreiterrolle für die Schaffung eines einheitlichen Wahlrechts in den EU-Mitgliedsstaaten einnehmen.
- Die KAB fordert den Schutz politisch Verfolgter ohne jede Quotierung und unterstützt Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge.
- Gemeinsames Arbeiten, Handeln und Eintreten für Arbeitnehmerinteressen in der Gesamtwirtschaft und im Betrieb verlangen die Solidarität auch mit den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
- Die KAB tritt ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen öffentlich entgegen. Die KAB hat Anwaltsfunktion für die Fremden zu leisten. Sie versteht sich als ein Verband, in dem das friedliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen zur Selbstverständlichkeit wird.“

Im Propheten Jesaja (2,1–4) steht „Das Wort, das Jesaja, der Sohn des Amos, in einer Vision über Juda und Jerusalem gehört hat. Am Ende der Tage wird es geschehen: Der Berg mit dem Haus des Herrn steht fest gegründet als höchster der Berge; er überragt alle Hügel. Zu ihm strömen alle Völker: Viele Nationen machen sich auf den Weg. Sie sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn und zum Haus des Gottes Jakobs. Er zeige uns seine Wege, auf seinen Pfaden wollen wir gehen. Denn von Zion kommt die Weisung des Herrn, aus Jerusalem sein Wort. Er spricht Recht im Streit der Völker; er weist viele Nationen zurecht. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.“

Wir haben damit eine Vision für das Zusammenleben in Vielfalt.

3.2 Beispiele

Im Folgenden werden zur Anregung einige Beispiele aufgezählt, wie sie vor allem im Internet zu finden waren, den dortigen Autorinnen und Autoren sei Dank. Es gibt sicher noch viel mehr Aktivitäten, sinnvoll wäre, wenn diese in einer Aktionsbörse zusammengestellt würden.

3.2.1 Sozialberater

1963 wurde zum Beispiel im Diözesanverband Limburg der erste italienische Sozialberater angestellt. Das geschah dann auch für weitere Nationen und in vielen Diözesanverbänden.

3.2.2 Jugendbildungsreferat der KAB fördert Integration

Das Jugendbildungsreferat der KAB (www.kab-jugendbildung.de) leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, indem es regelmäßig politische Bildungsseminare zum Thema Migration anbietet, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 14 und 27 Jahren sowie an MultiplikatorInnen aus dem gesamten Bundesgebiet richten.

Das Thema Migration und die damit verbundene Fragestellung zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergründen wird bereits seit Jahren im Rahmen von Seminarveranstaltungen als Querschnittsaufgabe der politischen Jugendbildung des Jugendbildungsreferates der KAB betrachtet. Durch die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit besonderem Förderbedarf stehen interkulturelle Fragestellungen unweigerlich mit auf der Agenda. Insbesondere TeilnehmerInnen aus der Gruppe „Jugendliche in Fördermaßnahme/in außerbetrieblicher Ausbildung“, weisen überwiegend Migrationshintergründe auf und sind somit besonders stark von den Umbrüchen der Erwerbsarbeitsgesellschaft betroffen. Der Anteil der TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund an Maßnahmen der politischen Jugendbildung betrug zum Beispiel im Jahr 2004 18,26%. Etwa die Hälfte dieser Gruppe besteht aus jugendlichen SpätaussiedlerInnen. Das Konzept einer arbeitsweltorientierten politischen Jugendbildung – wie es durch das Jugendbildungsreferat verstanden und im Rahmen von Bildungsveranstaltungen praktiziert wird – greift die Situation dieser Jugendlichen explizit auf. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Stärken und Schwächen sowie durch gezielten und adäquaten Methodeneinsatz werden TeilnehmerInnen solche Fähigkeiten vermittelt, die sie zur Entwicklung eigener Handlungsoptionen und Partizipationsmöglichkeiten benötigen.

Als ein weiterer Beitrag zur Integration werden bewusst Honorarkräfte, die einen eigenen Migrationshintergrund aufweisen, in Bildungsseminaren eingesetzt. Ihnen gelingt es erfahrungsgemäß schnell, aufgerichtete Barrieren zu überwinden und einen vertrauensvollen Zugang zu den TeilnehmerInnen zu gewinnen. Auf diese Weise leistet das Jugendbildungsreferat zusätzlich einen Integrationsbeitrag.

Weiterhin werden die Themen Migration und Integration regelmäßig in Veranstaltungen mit MultiplikatorInnen, sowohl im Rahmen von Seminaren als Schwerpunktthema wie auch als Querschnittsthema, behandelt. In denselben Kontext waren die für das Jahr 2005 ausgeschriebenen Fortbildungsveranstaltungen für BildungspraktikerInnen mit dem Schwerpunkt Globalisierung sowie die Planung der Veranstaltung „WeltGefühl“ einzuordnen, die sich mit Phänomenen und Auswirkungen der fortschreitenden Globalisierung auseinandersetzen werden.

3.2.3 Schwerpunkte der Bildungsarbeit im Bereich der Migrationsfragen des Heinrich-Lübke-Hauses (2005)

Als Bildungsstätte legt die Heimvolkshochschule den Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bereich Migration auf Maßnahmen der Erwachsenen- und Familienbildung.

Als Bildungsstätte eines kirchlichen Verbandes beschäftigt sie sich besonders stark mit der Frage der Weltreligionen und ihren Beitrag zum Frieden global in einer zunehmend zusammenwachsenden Welt sowie national angesichts der stärker werdenden Präsenz der nichtchristlichen Religionen in der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei stützt sich die Beschäftigung intentional vor allem auf zwei Dokumente:

- die Erklärung „Nostra aetate“ des 2. Vatikanischen Konzils
- das Projekt „Weltethos“ von Hans Küng.

Bildungsmaßnahmen:

- 1) **Seminarreihe: Religionen sind Straßen zu Gott**
Wochenend- oder Ferienseminare für Familien, Paare und Einzelpersonen mit Kinderbetreuung
– thematische Schwerpunkte (Islam, Judentum, Buddhismus)
- 2) **Religiösphilosophische Seminare zum Themenkomplex Pluralität und Wahrheitsanspruch der Religionen**
- 3) **Thematische Behandlung der Frage der Weltreligionen im Rahmen von unterschiedlichen Bildungsveranstaltungen mit Gruppen aus den KAB-Diözesanverbänden innerhalb und außerhalb des Heinrich-Lübke-Hauses.**

Wichtige Elemente der Bildungsmaßnahmen sind die Begegnung und der Dialog mit Angehörigen der besprochenen Religionen, zum Beispiel mit dem Leiter des Islam-Archivs in Soest, M. Salim Abdullah, oft verbunden mit Besuchen, zum Beispiel Moschee in Werl, Hindu-Tempel in Hamm, Forum der Völker in Werl, ehemalige Synagoge in Neheim.

3.2.4 Seminar (Beispiel: KAB Berlin Ende Oktober 2004) in Günne „Religionen sind Straßen zu Gott“

Fremdheit überwinden, andere Religionen kennen lernen und dadurch besser verstehen, Gespräche mit offiziellen Vertretern und ganz normalen Gläubigen anderer Religionen suchen – mit diesen Zielen führt die Heinvolkshochschule „Heinrich Lübke“ seit einigen Jahren Seminare über die großen Weltreligionen durch. Zielgruppe dieser religiösen Bildungsarbeit sind Familien mit Kindern und Senioren.

„Islam bedeutet Frieden“, erklärt Muhammad Salim Abdullah im Gespräch mit Seminarteilnehmern der KAB Berlin Ende Oktober in Günne. Er leitet seit Jahrzehnten das renommierte Islam-Archiv mit Sitz in Soest, ist als gefragter Gesprächspartner im In- und Ausland auf dem diplomatischen Parkett zu Hause. Er vermittelt die religiösen Grundzüge des Islam, klärt über politische Hintergründe der vermeintlichen religiösen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten auf und schildert die politischen, sozialen und kulturell-religiösen Facetten des Islam in Deutschland. Und er fordert die Christen auf, ihre religiösen Positionen klarer und eindeutiger zu beziehen, damit es zu einem wirklichen Dialog zwischen den Religionen kommen kann.

„Wir aus der zweiten Generation sind muslimische Deutsche. Wir können nicht in die Türkei zurück“, erläutert Hakan Kececi vom Islamischen Kulturverein in Werl die Situation vieler türkischen Muslime hier in Deutschland. Auch wenn die Verbundenheit mit der türkischen Heimat groß ist, hier in Deutschland sind sie aufgewachsen, hier liegen ihre Wurzeln. Zu diesen Wurzeln gehört gerade auch das Bekenntnis zur islamischen Religion. Als Herr Kececi dann noch die gemeinsame Erklärung der Vertreter der kirchlichen, politischen und muslimischen Gemeinden von Werl zum Terrorangriff vom 11. September vorliest, spürt man, wie tief der Abscheu über den gewaltsamen Fundamentalismus im Namen des Islam sitzt.

In der Beschäftigung mit dem Islam, Buddhismus und Judentum wird vielen Seminarteilnehmern erst richtig bewusst, wie wenig sie von den Glaubensüberzeugungen ihrer nicht-christlichen Nachbarn kennen und wie wichtig dies für ein friedliches Zusammenleben ist. Diese Erfahrung gibt so manchem den Anstoß, sich intensiver auch mit den eigenen christlichen Traditionen und Positionen zu befassen, um ernsthaft das Gespräch mit den Gläubigen anderer Religionen führen zu können. Dabei ist es dann gut zu wissen, dass wir Katholiken seit dem 2. Vatikanischen Konzil aufgefordert sind, die anderen Religionen als Straßen zu Gott zu respektieren, den Dialog mit

ihnen zu suchen und zu pflegen, ohne die eigenen Überzeugungen zu relativieren. Auf diesem Weg kann und will Bildungsarbeit der KAB ihren Beitrag leisten.

3.2.5 KAB Pernitz (Österreich): Nikolaus- und andere Aktionen „Sankt Nikolaus“ für Gastarbeiterkinder

Nicht Drohgestalt oder „Santa Claus“ sondern „der gütige Vater der Armen“: Seit 28 Jahren besucht die KAB Pernitz mit ihren „Nikoläusen“ ausländische Familien mit ihren Kindern.

Nikolaus ein „Türkischer Heiliger“ – seit 27 Jahren wird diese von Knotzinger angeregte Nikolaus-Aktion für die „Ausländer-Kinder“ von der Pernitzer KAB-Gruppe durchgeführt. „Wir haben schon die Väter der heutigen Kinder bei dieser Aktion besucht“ freut sich Knotzinger über diese Generationen umgreifende Sozial-Aktion. „Die Aufnahme bei den Familien ist sehr positiv, sie leben ja schon dreißig Jahre bei uns“ erzählt der engagierte KABler: „Wenn eine Familie nicht zu Hause ist, müssen wir das Sackerl am nächsten Tag bringen. Die Kinder freuen sich sehr auf unseren Besuch. Und natürlich werden wir auch zum Essen und Trinken eingeladen ...“ „Nikolaus ist schließlich der Patron unserer Pfarrkirche“ unschreibt Knotzinger diese gelungene pastorale Umsetzung des Patroziniums. „Dabei ist die Nikolaus-Aktion nicht die einzige Form der Begegnung“ unterstreicht Knotzinger; „einige Mitglieder unserer KAB-Gruppe haben ständig gute Kontakte zu den „Ausländern“. Im Industrieort Pernitz gibt es Familien aus der Türkei, die hier bereits ein Haus und die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben. Iemhilfe für Kinder; Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Hilfe bei Ämtern und Behörden sowie seelische und materielle Hilfe zählen zu den Schwerpunkten der KAB-Gruppe. Zum wichtigen sozialen Aspekt der Nikolaus-Tradition kommt ein „Aha“-Erlebnis, weiß Knotzinger: „Die Familien erfahren, dass der Heilige, der als Patron der Kinder gilt, in ihrem Land Bischof war – in Myra, an der heute türkischen Mittelmeerküste ...“

3.2.6 Diskussionsabend von KAB und Dekanatsrat Bamberg zum Ausländerrecht

Integration bedarf dauerhafter Anstrengung: Das Bemühen, Brücken zwischen Christen und Moslems zu bauen, darf nicht nachlassen. Für Winfried Zawidzki, Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), ist dies die Folgerung aus den aktuellen Diskussionen wie auch aus den Statements, die Vertreter der Stadt Bamberg, des Ausländerbeirats, von Stadtrat und Bundestag bei einer Diskussion im Pfarrheim der Oberen Pfare abgaben. Katholisches und evangelisches Dekanat sowie der KAB-Kreisverband Bamberg-Stadt hatten zum Ende der diesjährigen 10. Interkulturellen Wochen dazu eingeladen.

Auf ein noch nicht vorherzusehendes aktuelles Thema hatten sich die beteiligten Organisationen geeinigt, als sie einen Informationsabend zum neuen Ausländerrecht und seiner Umsetzung in ihre Planung aufnahmen. Die Ereignisse in Holland, Warnungen deutscher Politiker vor Parallelgesellschaften, Wünsche nach deutschsprachigen Predigten in Moscheen und Forderungen nach einem islamischen Feiertag haben eine bundesweite Diskussionswelle angestoßen. Die Kirchen haben sich, so die Vorsitzende des Dekanatsrates Eva Hastenteufel-Knör; für den Schutz von Fremden und Flüchtlingen ausgesprochen, haben in ihren Aussagen gefordert, dass auf kulturelle und religiöse Traditionen Rücksicht genommen werden muss. Der Ausschluss von Möglichkeiten der Beteiligung, etwa dem Wahlrecht, stellt nach Ansicht der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausländerbeirates der Stadt Bamberg, Mitra Sharifi-Neytanek, unter anderem ein mögliches Integrationshindernis dar. Viele Ausländer hätten zudem ihren Aufenthalt als „vorübergehenden Zustand“ gesehen und wollten nach ihrem Berufsleben ihren Ruhestand im Heimatland verbringen. Ein Bewusstsein von der Notwendigkeit der Integration sei oft nicht da gewesen. „Menschen sollen

sich als zur Gemeinschaft zugehörig fühlen dürfen“, forderte Sharifi, was bedeute, gleiche Chancen der Entwicklung und Bildung zu haben wie auch für das Gastland nützlich sein zu dürfen. Die Ausländer – auch solche mit einem deutschen Pass – wünschten sich mehr Akzeptanz von Seiten der deutschen Bevölkerung.

3.2.7 KAB Bamberg

Am 7. November 2001 lud die KAB zu einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Der Mensch steht immer noch über dem Kapital – die soziale Situation der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region“, in der die soziale Lage von Ausländern in Deutschland und Bamberg von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde.

3.2.8 ACII – KAB

23 Ortsvereine der ACII Germania verteilen sich auf fünf deutsche Bundesländer: Einige liegen in den großen Städten, wie in Köln, Frankfurt, Stuttgart und München, die meisten sind in kleineren Ortschaften ansässig.

Einige haben sich ganz bewusst, um auch die inhaltliche Nähe zur KAB zum Ausdruck zu bringen, ihre Namen in Anlehnung an die KAB gegeben, wie zum Beispiel das Circolo ACII Ketteler in Köln oder das Circolo ACII/KAB „San Pancrazio“ in Woningen.

Die Zusammenarbeit der Ortsvereine ist, wie die Erfahrung zeigt, leider nicht so einfach wie man glauben könnte, doch gerade in den letzten fünf Jahren hat sich einiges getan, zum Beispiel sind in den Kölner Circoli die Referenten der KAB gern gesehene Gäste und insbesondere die KAB-Themen „Zukunft der Arbeit“ und das „Rentenmodell der KAB“ werden mit großem Interesse verfolgt und mitgetragen.

Außerdem laufen im Rahmen der Stiftung ZASS gemeinsame Projekte, die intensive Zusammenarbeit voraussetzen.

3.2.9 Das „Fest“ über Grenzen mit ACII und der KAB Ortenau

Unter der Schirmherrschaft der ACO Straßbourg und der KAB Ortenau erlebte der St. Johannes-Nepomuk-Saal in Kehl am Samstag, den 22. September 2001, eine Begegnung der besonderen Art. Außer ACO und KAB waren Vertreter der Équipe Portugaise, der ACII (italienische Arbeitnehmer in Deutschland), der „Multikulturellen Frauengruppe Ortenau“ sowie drei Priester dabei.

Mit „Sehen-Urteilen-Handeln“ als Leitfaden wurde das Thema: „Die Herausforderung der Globalisierung“ behandelt. In der Einleitung wurde dabei auf die weltpolitische Situation eingegangen. Danach wurden von den einzelnen Gruppierungen Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Lebenssituation eingebracht. Als geistliche Impulse im Blick auf die Bibel steuerte die ACO Stellungnahmen der französischen Bischöfe bei. In kleinen Gruppen wurde die Thematik anschließend unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet und Fürbitten für den geplanten Gottesdienst vorbereitet.

Im Gottesdienst zeigte sich durch die sprachliche Vielfalt der TeilnehmerInnen, dass Globalisierung unseren Alltag auch positiv bereichern kann, wenn wir Interesse füreinander zeigen.

Mit einem gemeinsamen Mahl wurde die Veranstaltung abgerundet und zugleich noch einmal die Möglichkeit der persönlichen Begegnung geschaffen. Die TeilnehmerInnen waren von dieser Form der Begegnung sehr angetan und wünschten sich eine Fortsetzung.

3.2.10 Oberhausen: Arbeitergottesdienst KAB, CAJ, ACII

Am 30. April 2004 fand der traditionelle Arbeitergottesdienst von KAB, CAJ, ACII und Betriebsseelsorge in Oberhausen, St. Martin statt. Thema: „Ist er nicht der Zimmermann ...?“ Die CAJ gestaltet den Gottesdienst mit – und danach war gemütliches Beisammensein und Begegnung mit KAB, ACII und Betriebsseelsorge.

3.2.11 KAB-Diözesanverband Augsburg

Beim Diözesantag 1997 in Weilheim haben die Delegierten für die Arbeit des Verbandes 10 Leitlinien (darunter eine, die das Thema Ausländer anspricht) für den Weg in die Zukunft beschrieben:

9. Leitlinie: Die KAB setzt Zeichen der Solidarität mit den Menschen, die oft an den Rand gedrängt werden, z.B. kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose, Ausländer:

3.2.12 KAB Saar: Ausländerthema aus dem Wahlkampf heraushalten

Der Landesbezirksverband Saar der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) hat sich für die „Verwirklichung“ des in der saarländischen Verfassung garantierten „Recht auf Arbeit“ ausgesprochen. In dem Schreiben an saarländische Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker sieht die KAB als zentrale gesellschaftliche Herausforderungen unter anderem das Engagement für Arbeitslosenprojekte und Beschäftigungsinitiativen sowie für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote für junge Menschen an. Die KAB wolle alle politisch verantwortlichen Personen anlässlich der Bundestagswahl 1998 und der Saarländischen Landtagswahl 1999 beim Wort nehmen und am Sozial- und Wirtschaftswort der beiden Kirchen messen.

Im Kontext der Aussagen des Sozial- und Wirtschaftsworts und der verbandlichen Programmatik stünden auch das bistumsweite Forum „Kirche – Politik“ zum Schwerpunkt „Zukunft der Arbeit – Arbeitslosigkeit“ (vgl. Paulinus Nr. 31 vom 2. August 1998, S. 20) sowie die aktuellen Erklärungen des Diözesanausschusses des KAB-Diözesanverbandes Trier „Bürgergesellschaft auch für Ausländer – Ausländerpolitik aus dem Wahlkampf heraushalten“ (vgl. Paulinus Nr. 29 vom 19. Juli 1998, S. 1).

3.2.13 KABler auf den Spuren von Mohammed (KAB St. Paulus Rheine)

In zwei Veranstaltungen beschäftigte sich die KAB St. Paulus mit dem Islam. Auf dem Programm stand ein Gesprächsabend, zu dem ein Mitglied aus Rheine über den Glauben des Islam sprach. So erfuhren die Borghorster zum Beispiel, dass es fünf Gebetszeiten am Tag gibt, zu denen sich die Gläubigen nach Möglichkeit in der Moschee versammeln. Die Grundlagen des Glaubens stehen auf fünf Säulen: das Glaubensbekenntnis, das Gebet, das Fasten, die Armensteuer und die Pilgerfahrt.

Des Weiteren fand ein Besuch der Moschee in Rheine statt. Dort durften die Gäste nach einem herzlichen Empfang mit Kaffee und Plätzchen bei einer Gebetszeit anwesend sein. Die KABler aus Borghorst konnten sehen, wie dort gebetet wird, angeleitet vom Imam. Anschließend gab es die Möglichkeit, sich mit dem Vorsteher der Gemeinde, zu der 125 Familien gehören, zu unterhalten und Fragen zu stellen zum Selbstverständnis der Mohammedaner. Auch die Ausstattung der Moschee wurde besichtigt, die einzelnen Bilder und Gegenstände erklärt. Über die Festtage und die Kultur im Islam war ebenfalls etwas zu erfahren.

3.2.14 Kooperation mit der ACII – Diözesanverband Limburg

2003 war das 40. Jahr, in dem die Enzyklika „Pacem in terris“ erschienen war. Dazu führte die ACII und der Diözesanverband der KAB Limburg eine gemeinsame Tagung im Haus der ACII in Motta durch. Eines der Hauptreferate hielt Diözesanpräses Ernst Leuninger mit Hilfe einer Power Point-Präsentation in deutsch und italienisch.

3.2.15 Interkulturelles Fest auf dem Sossenheimer Kirchberg in Frankfurt

Hände reichen für den Frieden. Die katholische Kirchengemeinde St. Michael Sossenheim unter Beteiligung der KAB, die evangelische Regenbogengemeinde Sossenheim, „Die Ameisen“ e.V. (Islamische Kindertagesstätte Sossenheim), die Armenische Gruppe und die Gesellschaft Possev für deutsch-russische Verständigung luden ein zum interkulturellen Fest mit interreligiösem Friedensgebet auf dem Sossenheimer Kirchberg. Bei Begegnung, internationalen Spezialitäten, Musik und Aktionen für Kinder wurde 2002 vier Stunden ein schönes Fest gefeiert.

3.2.16 Nachbarschaftskochabende

Beliebt sind auch Kochabende, bei denen die Gerichte verschiedener Nationen erfahren werden können. So kann das in einer Nachbarschaft geschehen, wenn man sich gegenseitig einlädt und Gerichte aus verschiedenen Nationen kocht, oder eine Mahlzeit aus unterschiedlichen Gerichten zusammenstellt. Vielleicht eignet sich dazu auch besser eine Küche in einem Pfarrheim, da nicht alle geeigneten Platz haben.

3.2.17 Nach dem Beispiel des Papstes in Assisi sind auch gemeinsame Gebete mit anderen Religionen möglich.

Ein welthistorischer Tag: Das Weltgebetstreffen in Assisi am 27. Oktober. Assisi hat einen neuen Meilenstein in der Geschichte gesetzt. Die 150 Religionsführer mit ihren zwölf Gruppen und Johannes Paul II. haben am Montag, 27. Oktober 1986, vor der Franziskus-Basilika Gott um das große Geschenk des Friedens angefleht, das die Menschheit aus eigenen Kräften für sich nicht zu erlangen vermag.

Der Sinn dieses Gebetes, das je nach Bekenntnis unterschiedlich, aber am selben Ort verrichtet wurde, sei, so erläuterte der Papst, „in der Verschiedenheit der Religionen eine Beziehung mit der höchsten Macht auszudrücken, welche alle unsere menschlichen Kräfte übersteigt“.

Der Ruf, der von Assisi ausgegangen ist, pflanzt sich über den ganzen Erdball fort. Wer ihn hört, kann ihn nicht missverstehen, denn er ist an keine Ideologie, an kein Machtstreben gebunden. Der Papst fasste die Verpflichtungen des Tages in drei Zeichen zusammen: „Gebet, Fasten, Wallfahren“. In diesem Sinne sollte auch mit anderen Konfessionen und Religionen zu wichtigen Anlässen gebetet werden.

3.3 Anregungen

Die Integrationsarbeit zum Gestalten eines besseren Zusammenlebens sollte auf allen Ebenen des Verbandes erfolgen.

- **Auf der Bundesebene wären vor allem die Grundsatzaussagen zu tätigen und die Politik zu informieren.**
- **In den Diözesanverbänden könnten Schwerpunkte erarbeitet werden und Tagungen angeboten werden. Hinzu käme der Kontakt mit der ACIL**
- **In den Bezirken wäre vor allem das Thema für die Vereine zu erschließen. Hier sollten auch die Verbindungen mit den Seelsorgern und Vertretern von Gemeinden anderer Muttersprache geknüpft werden.**
- **Die Vereine haben vielfältige Möglichkeiten**
 - **Jeder Verein sollte sich inhaltlich mit diesem Thema auseinandersetzen.**
 - **Er sollte prüfen, wie die Situation in seinem Umfeld aussieht und was von wem schon geleistet wird.**
 - **Es wäre gut, wenn er eine Aktivität aufgreifen könnte, dabei sollte er aber vor allem auf Kooperation mit anderen setzen, um seine Kräfte nicht zu überfordern und größeren Einfluss zu gewinnen.**
 - **Diese Kooperation betrifft zuerst auch die anderen Verbände, die Pfarrei, die Gemeinden von Katholiken anderer Muttersprache, die Ökumene und die Gesellschaft**
 - **Wichtig wäre es, auch Mitbürger anderer Muttersprache als Mitglieder anzuwerben.**
 - **Die aufgezeigten und andere Beispiel ermutigen zu eigenen Aktivitäten.**

Auf diese Art und Weise könnte das Anliegen im Verband weiter verbreitet werden und dem Anliegen „Integration fördern – Zusammenleben gestalten“ die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Verband hat die Herausforderung angenommen und will damit einen Dienst an den arbeitenden Menschen und der Gesellschaft leisten. Alle im Verband und darüber hinaus sind eingeladen, sich dieser Herausforderung zu stellen, die ein wichtiger Schritt zu versöhnter Pluralität bei uns und für die Gestaltung einer Welt von Schwestern und Brüdern ist.

Impressum

Herausgeber:

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB)

Bernhard-Letterhaus-Straße 26, 50670 Köln

Telefon: 0221/7722-0

Fax: 0221/7722-116

E-Mail: info@kab.de

www.kab.de

Verantwortlich:

Albin Krämer, Vorsitzender der Projektgruppe „Migration“

Salome Spiegel, Geschäftsführerin der Projektgruppe „Migration“

Text:

Professor Dr. Ernst Leuning, Mitglied der Projektgruppe „Migration“

Druck Sutorius Printmedien GmbH & Co. KG

Köln 2006